



Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. Juni 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

Punkt 4 der Tagesordnung: Leitlinien gegen Kinderarmut: Fortschreibung 2019 Vorlage: 2019/0383

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss - die Fortschreibung der Leitlinien gegen Kinderarmut 2019.

Sollten hierfür finanzielle Mittel notwendig sein, so müssten diese vom Gemeinderat im nächsten Doppelhaushalt bereitgestellt werden oder durch Umschichtung im Dezernat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

Bürgermeister Lenz: Es ist in der Tat vorberaten und einstimmig vom Jugendhilfeausschuss in einer ausführlichen Debatte beschlossen und Ihnen heute zur Beschlussfassung empfohlen. Kleine Vorbemerkung: Die Karlsruher Leitlinien gegen Kinderarmut bieten einen Handlungsrahmen für eine nachhaltige ganzheitliche Bekämpfung von Kinderarmut. Kinderarmut ist immer auch familiäre Armut in Karlsruhe, wie auch in vielen anderen Städten in Deutschland. Gleichzeitig sind diese Leitlinien ein weiterer Anlass, dieses Thema Kinderarmut öffentlich zu behandeln. Denn Armut ist schließlich eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und kann daher auch nur in einem breiten Bündnis aus Politik, Verwaltung, freien Trägern, sprich: Zivilgesellschaft bewältigt, bearbeitet werden.

Jetzt sage ich aus der Tiefe der Zeit und des Raums, wie seit fast drei Jahrzehnten. Ich schaue einmal, wer damals mit dabei war. Denn es ist immerhin 1993 gewesen. Es war eine zweijährige Vorlaufphase dieses Hauses, dass der erste Armutsbericht in unserer Stadt

verfasst wurde, dem Gremium zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Wir waren mit Stuttgart und München die ersten und damit Pionierstädte, die damals das Thema nicht unter den Teppich gekehrt haben. Die Tradition führen wir heute fort, immer im Sinne einer Kommunalpolitik und nicht ressortiert als eine kommunale Sozialpolitik im Stadtparlament.

Da wundert es dann auch nicht, dass der Satz – ich habe extra noch einmal geschaut, deswegen muss ich ihn ablesen – 1993 eigentlich der Satz war, der für das meiste Aufsehen, auch überregional, gesorgt hat. Ich zitiere: Bedenklichste Entwicklung in diesem Papier ist die Armut bei Kindern und Jugendlichen. Das wurde viel hinterfragt. Man konnte es kaum glauben, weil immer das Bild der Altersarmut im Kopf war. Jetzt wird es ganz historisch, die wurde tatsächlich mit der Rentenreform in den 80er Jahren gelöst. Umso mehr war das Erstaunen groß über die Wiederentdeckung der neuen sozialen Frage, was die Kinderarmut, was die familiäre Armut anbelangt. Die Debatte ging so weit, dass Karlsruhe die erste Stadt in Deutschland war. Jetzt ist es sogar ein 20jähriges Jubiläum, das natürlich kein Anlass zum Feiern ist, dass wir genau vor 20 Jahren – 1999 – hier im Haus einen Kinderarmutsbericht hatten, auch als erste Stadt in Deutschland.

Mit dieser Kulisse bedanke ich mich bei allen, die diese soziale Nachhaltigkeit, politische Nachhaltigkeit bis heute nicht nur durchgehalten haben. Sie haben auch gesehen, die Arbeitsgruppe hat die Struktur von vor fast 10 Jahren belassen. Aber dennoch sind neue Leitlinien entstanden. Deswegen bedanke ich mich, wie es gute Tradition ist, bei der Arbeitsgruppe unter Federführung von Jonas Nees und der Kinderbeauftragten, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, Sie können es lesen, wer alles mit dabei war. Wir haben jetzt bald eine weitere Fortschreibung, die wir alle sieben bis acht Jahre machen, des Gesamtarmutsberichtes. Da ist die Arbeitsgruppe noch viermal so groß. Das macht dieses Bündnis, diesen Kampf, auch dieses Engagement unserer Stadt insgesamt aus.

Sie gestatten mir, dass ich an einen Mann an der Stelle besonders erinnern darf, den auch viele von Ihnen kennen, der letzte Woche leider verstorben ist, nämlich Herrn Pfarrer Hans-Peter Karl. Hans-Peter Karl war einer der Initiatoren des ersten Armutsberichtes. Wer sich erinnert, die Podiumsdiskussion zur Thematik 1991/1992 wurde von ihm geleitet. Er hat bis zum Schluss mit seinem Projekt Libelle gegen Kinderarmut gekämpft. Dies möchte ich an der Stelle Ihnen noch mitgeben. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Nach dieser ausführlichen Einführung des zuständigen Bürgermeisters kann ich mich jetzt wirklich kurz fassen. Die CDU-Fraktion stimmt natürlich der Fortschreibung der Leitlinie zu. Sie haben es auch schon erwähnt, wir fassen das Ganze dann noch einmal regelmäßig im Kinderarmutsbericht zusammen. Aber die Leitlinien sind die Grundlage, die den Handlungsrahmen für die konkreten Maßnahmen bieten. So ist es auch bei diesen Leitlinien immer in größeren Abständen erforderlich, dass sie sich an die aktuellen Gegebenheiten anpassen, weil sich um uns herum in den letzten acht, neun Jahren viel verändert hat. Durch Bundesgesetzgebung ist viel getan worden. Das alles ist hier mit eingeflossen. Insofern kann ich für meine Fraktion einen Dank an die Arbeitsgruppe aussprechen, die sich wieder um das Thema gekümmert hat. Auch bei der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe sieht man schon, dass wirklich alle Bereiche mitarbeiten, dass alle miteingebunden sind, entsprechend auch die fachlichen Kompetenzen der einzelnen Vereine, Institutionen und Bereiche miteinfließen. Das ist auch in unserem Sinne, dass wir gemeinsam an dem Thema Kinderarmut arbeiten und versuchen, mit vielen kleinen

Schritten, aber auch vielen großen dem Thema entgegenzuwirken und die Armut von Mal zu Mal einzuschränken. Wir stimmen zu und sagen herzlichen Dank.

Stadträtin Melchien (SPD): Als SPD-Fraktion sind wir froh und dankbar, dass wir als Karlsruher Gemeinderat uns heute die Zeit nehmen, die wichtigen und wertvollen Leitlinien gegen Kinderarmut in ihrer Fortschreibung nicht nur zu beschließen sondern auch zu diskutieren, damit zu würdigen und ihre Bedeutung für die Stadtpolitik herauszustellen.

Seit 2010 bilden sie unseren Handlungsrahmen für die Bekämpfung von Kinderarmut in unserer Stadt. Auch wir möchten die Gelegenheit nutzen, unseren herzlichen Dank auszusprechen all denjenigen, die an dieser nun vorliegenden Fortschreibung mitgewirkt haben. Wie es im Abschluss der Präampel heißt und von unserem Bürgermeister bereits zitiert wurde, kann Armut nur in einem breiten Bündnis aus Politik, Verwaltung, freien Trägern und Zivilgesellschaft bearbeitet werden. Auch dafür setzen wir heute ein Zeichen. Sehr viele wichtige Themen und Forderungen werden angesprochen, zu denen wir als SPD-Fraktion mit unserem heutigen Abstimmungsverhalten Zustimmung signalisieren.

Auf einer aus unserer Sicht sehr wesentliche und bereits des Öfteren artikulierte Forderung möchte ich kurz genauer eingehen. Der Karlsruher Kinderpass ist ein bewehrtes und erfolgreiches und aber auch wesentliches Instrument unserer Karlsruher Sozialpolitik. Und es bietet uns die Möglichkeit, leicht und unbürokratisch Teilhabemöglichkeiten in unserer Stadt zu verbessern. Wir schließen uns hierbei dem kürzlich in einem Interview geäußerten Wunsch unseres Sozialbürgermeisters Martin Lenz an und wiederholen auch die von uns nicht zuletzt im Rahmen der Haushaltsberatungen geäußerte Forderung nach einer Ausweitung nicht nur inhaltlicher Art, sondern auch der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen. Hierüber würden wir sehr gerne im Sozialausschuss diskutieren und gemeinsam auch in einer neuen beziehungsweise veränderten Zusammensetzung Lösungen erarbeiten, die Kinderarmut weiter zu bekämpfen und damit die UN-Kinderrechtskonvention umzusetzen. Dass dies neben anderen weiteren wichtigen Maßnahmen sicherlich auch finanzielle Mittel erfordern wird, ist offensichtlich. Dabei hoffen wir auf ein breites Bündnis für unsere soziale Stadt auch im kommenden Gemeinderat.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Die Leitlinien in Abständen fortzuschreiben, ist richtig. Dies zeigen die neuen Leitlinien. Ein gewichtiger Anteil musste aktualisiert werden, in unserer schnelllebigen Zeit kein Wunder. Es ergeben sich viele Ansätze, konkret mehr für die Teilhabe aller Kinder zu tun. Wir sind gespannt auf den Armutsbericht, der den Leitlinien mit weiteren Zahlen Impulse gibt.

Erfreulich ist es, noch einmal zusammengefasst zu lesen, wie viel die Stadt in den letzten 10 Jahren gegen Kinderarmut getan hat, zum Beispiel durch die Etablierung von Kinder- und Familienzentren, die rege Arbeit der frühen Prävention, aber auch durch die Aktivitäten des Stadtjugendausschusses. Verwirrend finden wir, wie das wichtige Thema Kinderarmut von der Verwaltung in Zahlen dargestellt wird. Zahlenangaben dienen dazu, Inhalte zu verdeutlichen, nimmt Kinderarmut ab oder zu in Karlsruhe, in welchem Maße usw. Während es in der Familienumfrage heißt, dass im Jahr 2017 15,4 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in relativer Armut nahe der Armutsgrenze leben, wird in der BNN die Verwaltung so zitiert: 10 % lebten 2018 in armen Familien, dieses Mal aber bezogen auf unter 15 Jährige und bezogen auf Familien, die Sozialleistung erhalten. Das ist einfach verwirrend. Wir sind der Meinung, dass man wirklich von einer Hauptbezugsgröße

ausgehen sollte, um Vergleiche machen zu können. Denn der Unterschied zwischen 15 % oder 10 % ist einfach nicht trivial. Es ist so kompliziert, dann durchzublicken, wovon wird da eigentlich geredet. Wir wollen einfach vergleichen können, wie war die Entwicklung über Jahre hinweg.

Was uns in den Leitlinien fehlt, ist das Thema Auswirkung des Klimawandels, vor allem der Hitzetage auf arme Kinder. Arme Kinder wohnen besonders häufig in schlecht isolierten Dachwohnungen, an großen Straßen und in kleinen Wohnungen. Außerdem fehlt uns das Thema Auswirkung von Jobcenter-Sanktionen auf Familien, die Arbeitslosengeld II erhalten. Das ist eine gar nicht so kleine Gruppe, hat sich auf unsere Nachfrage herausgestellt, besonders armer Familien und Kinder, wo wirklich die Frage ist, wovon leben die eigentlich und kann man da noch Kirschen, Erdbeeren oder Aprikosen kaufen.

Noch kurz zu ein paar einzelnen Aussagen in den Leitlinien, die wir besonders interessant fanden. Die Karlsruher Sozialpässe müssen ausgebaut werden. Absolut richtig, deshalb unser Antrag für die Julisitzung zu diesem Thema.

Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit fordern wir immer wieder, besonders mein Kollege Borner. Wir finden die Idee, im Jahr 2021 zum 15. Jahrestag des Kinderpasses größere öffentliche Aktionen durchzuführen, sehr gut.

Das Thema Lernmittelfreiheit wollen wir im neuen Gemeinderat thematisieren, denn hier liegt einiges im Argen, dem man nachgehen muss.

Ein Engagement- und Gesundheitsbereich ist uns besonders wichtig, was arme Kinder angeht. Hier stellen uns die Leitlinien vor hohe Anforderungen. Niedrigschwellig angelegte medizinische Informations- und Versorgungsangebote sollen ermöglicht werden, ebenso die Sicherstellung der Versorgung durch Kinderärzte. Das sind harte Nüsse, die noch zu knacken sind und wo die Frage ist, wie die Kommune herangehen kann. Da sind wir gespannt und wollen gerne an dem Thema arbeiten.

Gespannt sind wir auch darauf, wie Kinder und Jugendliche an der Planung und Durchführung von Maßnahmen beteiligt werden, eine weitere Leitlinie.

Zum Abschluss: Wir möchten, dass schnell festgelegt wird, in welchem festen Rhythmus die Leitlinien überarbeitet werden, alle sieben Jahre oder alle zehn, dass man dann auch wirklich daran denkt. Ansonsten vielen Dank an alle Verfasserinnen und Verfasser der Leitlinien.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir als AfD sind nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten. Ich muss leider sagen, dass wir mit drei Stellen hier in dieser Vorlage ein Problem haben, weil wir der Meinung sind, dass sie von den vielen anderen wichtigen Forderungen, die hier drin stehen, ablenken und dass sie eigentlich dort drin auch nichts verloren haben.

Der eine Punkt geht dahin, dass man das Gefühl hat zwischen den Zeilen, dass die Eltern von Kindern, die von Armut betroffen sind, ein Stück weit bevormundet werden. Das wollen wir auf keinen Fall. Menschen, die arm sind, müssen genauso behandelt werden, wie die Leute, die nicht auf solche Hilfe angewiesen sind. Deswegen finden wir den Hinweis, dass jedes Kinde Taschengeld haben sollte, übertrieben. Wir sind der Meinung, das ist Sa-

che der Eltern festzulegen, ob ihr Kind Taschengeld bekommt und ab welchem Alter. Das kann sicherlich nicht für jedes Kind gefordert werden, dass es ein Taschengeld hat.

Ein weiteres Problem haben wir damit, dass ausgerechnet hier in diesen Leitlinien, wo es um Kinderarmut geht, speziell auf präventive Angebote zur Ernährung und Bewegung hingewiesen wird, als ob davon arme Kinder mehr betroffen wären als nicht arme Kinder. Wir finden, das ist ein Stück weit eine Stigmatisierung. Solche Angebote müssen für alle Kinder gelten und selten deswegen nicht unbedingt in einem solchen Bericht noch einmal extra hervorgehoben werden.

Womit wir aber das größte Problem haben - weil wir der Meinung sind, das hat hier wirklich nichts verloren, außerdem ist es sehr ungenau formuliert, da fragt man sich, zu welchem Grad und wie soll das überhaupt überprüft werden -, ist die Forderung, die Stadt schöpft offensiv alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen und Dienstleister nach sozialen Kriterien auszurichten. Was sollen wir denn damit anfangen? Nach sozialen Kriterien ausrichten, das hat hier in dieser Vorlage gegen Kinderarmut wirklich nichts verloren. Die Forderung an sich mag gut sein. Aber, wie gesagt, darüber sollte man einmal separat diskutieren. Aber nicht in so eine Vorlage verpacken. Wir haben damit ein Problem.

Wir sind der Meinung, dass viele wichtige Dinge drin stehen. Es ist ganz wichtig, dass wir als Stadt weiter gegen Kinderarmut vorgehen. Aber dann bitte nicht noch andere Dinge mit hineinpacken, die darin eigentlich nichts verloren haben.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Linke im Karlsruher Gemeinderat hat bisher alle Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut im Gemeinderat unterstützt. Aber, Herr Bürgermeister Lenz, ich möchte doch noch einmal anmerken, dass es schon ein Armutszeugnis ist, wenn wir in einem reichen Land, in einer reichen Stadt, überhaupt über Kinderarmut sprechen müssen. Da sind uns andere Länder, die nicht ganz so reich sind, deutlich voraus. Es gibt genug Statistiken. Da Herr Honné heute schon einen Vergleich geäußert hat, sehen wir, dass auch die Stadt Karlsruhe deutlich mehr Mittel hätte, größere Schritte zu machen. Einen haben wir begonnen, das sind die kostenlosen Kitas, ein kleiner Schritt dahin, der auch den Familien helfen würde.

Unsere neue Fraktion im Gemeinderat wird dann entsprechende Anträge zum Doppelhaushalt bringen, zum Beispiel, wie wir bisher auch schon gebracht haben, den Kreis der Bezugsberechtigten zu erweitern, um noch mehr Eltern und Kindern zu helfen. Wir sollten doch in diesem Zusammenhang mehr Mittel zur Verfügung stellen. Dass die Stadt diese Mittel hat, hat Herr Honné heute schon geäußert.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Sehr positiver Bericht. Wir freuen uns darüber. Trotzdem muss ich eine Sache anmerken, die ich äußerst problematisch finde. Bei der soziale Dimension von Armut heißt es, dass dies zu Stigmatisierung führt und zu mangelnden sozialen Kompetenzen. Damit sagen wir, dass, wer arm ist, mangelnde soziale Kompetenzen hat. Da ist eine Kausalität hergestellt, die ich so nicht akzeptieren kann. Wir würden sagen, wer finanziell schwach ist, ist auch sozial schwach. Diese Kausalität wäre eine Stigmatisierung. Diese wollen wir gerade durchbrechen. Die wird hier explizit ausgedrückt, dass, wer arm ist, dem gehen diese Eigenschaften ab. Deswegen würde ich plädieren, diesen Satz zu prüfen und zu streichen. Das macht absolut keinen Sinn. Das kann nicht die Absicht sein, das zu sagen.

Ich kenne arme Leute, die haben deutlich höhere soziale Kompetenzen, als reiche und sehr wohlhabende Leute. Das wäre der Sache nicht gerecht. Deshalb bitte diesen Satz streichen. Trotzdem, das Gesamte ist sehr positiv. Aber diese Bemerkung muss ich unbedingt noch anbringen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die Beiträge und das allumfassende Lob. Herr Stadtrat Dr. Schmidt, ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, dass natürlich alle Stadträtinnen und Stadträte, die nicht Mitglied in einem Ausschuss sind, trotzdem an diesem Ausschuss teilnehmen können und dort auch Rederecht haben, so dass Sie die fachlichen Fragen auch dort im Ausschuss stellen können, die ich auch alle für nachvollziehbar halte. Ich bin mir aber sicher, dass in der Vorlage ausgedrückt werden soll – das ist statistisch erwiesen -, dass zum einen Kinder einen Anspruch auf Taschengeld haben, weil das zu ihrer Entwicklung gehört, und dass zum anderen es auch einen Zusammenhang zwischen gesundheitlichem Zustand von Kindern und auch Ernährungsgewohnheiten von Kinder und Armut gibt, und zwar nicht nur bei Kindern sondern auch bei Erwachsenen. Das hat unterschiedliche Gründe. Das gilt auch nicht für alle, Herr Stadtrat Kalmbach, aber es gibt diesen statistischen Zusammenhang. Deswegen ist ein präventives Angebot im Bereich der Bewegungsentwicklung, im Bereich der Ernährung und der gesundheitlichen Versorgung insgesamt bei armen Kindern oder Kindern in Armut noch einmal in seiner Bedeutung sicherlich wichtiger und wir auch gefordert, dieses Angebot zu machen, als jetzt bei Kindern, die nicht von Armut betroffen sind. Wie wohl es auch bei denen genug gibt, die dieses Angebot bräuchten.

So ähnlich, Herr Stadtrat Kalmbach, ist es auch mit den sozialen Kompetenzen. Ich gebe Ihnen Recht, dieser direkte Zusammenhang ist falsch. Dennoch birgt Armut ein größeres Risiko, soziale Kompetenzen nicht zu entwickeln, weil es dann am Ende darum geht, an Klassenausflügen teilzunehmen, im Vereinssport sich zu engagieren usw. Da bieten wir über den Karlsruher Kinderpass ein Angebot, um genau das zu verhindern. Mangelnde Teilhabe darf nicht durch Armut begründet sein. Mangelnde Teilhabe muss dann durch zusätzliche Angebote ermöglicht werden. Das versuchen wir hier mit großer Übereinstimmung im Haus.

Herr Stadtrat Fostiropoulos, wer wirklich von Armut betroffen ist, zahlt keine Kindergartengebühren, auch in dieser Stadt nicht, weil er darauf auch einen Rechtsanspruch hat, dass die wirtschaftliche Jugendhilfe das übernimmt. Dass man den Kreis noch erweitern soll, das diskutieren wir regelmäßig bei den Haushaltsberatungen. Mir ist das nur noch einmal für Öffentlichkeit ganz wichtig, dass es hier schon einen ganz klaren Rechtsanspruch gibt, dass ab einer gewissen Armutsschwelle diese Beiträge dann vom Staat übernommen werden über die die wirtschaftliche Jugendhilfe. Wir wissen alle, dass wir die Angebote im Kinderpass schon über die Schwelle hinaus erweitert haben. Da kann man sicherlich über alle Erweiterungen diskutieren, wenn man sie sich dann auch leisten kann und will.

Damit haben wir die Leitlinien hier diskutiert. Jetzt sollten wir sie noch beschließen. Die ganzen Anregungen bitte ich dann noch einmal im Fachausschuss zu gegebener Zeit, vielleicht im Rahmen mit dem Gesamtbericht, dann noch einmal zu diskutieren. Ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist einstimmige Zustimmung. Vielen Dank. Es ist noch einmal eine schöne Bestätigung für die Arbeitsgruppe in der Verwaltung, die sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
30. Juli 2019